

Schmidt, Peter

Research Report

ESVP und Allianz nach dem Vierergipfel

SWP-Aktuell, No. 20/2003

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Schmidt, Peter (2003) : ESVP und Allianz nach dem Vierergipfel, SWP-Aktuell, No. 20/2003, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254432>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ESVP und Allianz nach dem Vierergipfel

Peter Schmidt

Am 29. April 2003 verabschiedeten die Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens in Brüssel eine Erklärung zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Sie unterstützt einige Vorschläge für den Europäischen Verfassungsvertrag, die bereits im Konvent auf dem Tisch liegen, und kündigt verteidigungspolitische Maßnahmen an, die die beteiligten Länder (zunächst) allein treffen wollen. Politisch brisant ist die Erklärung vor allem aus zwei Gründen: Sie folgt dem vieldeutigen Leitbild eines Kerneuropa und steht bei manchen Staaten und Kommentatoren im Verdacht, eine grundsätzlich amerika-kritische Stoßrichtung zu besitzen. Im Hinblick auf EU und NATO wirft die Erklärung mehrere wichtige politische Fragen auf: Verkraftet die Union eine französisch-deutsche Führungsrolle, die mit den geplanten Maßnahmen verbunden ist? Welche Motive hat die französische Politik und wie sind sie aus deutschem Blickwinkel zu beurteilen? Und schließlich: Welches Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wird mit dieser Initiative angestrebt?

Die Vorstellung eines »Kerneuropa«, seit den Anfängen der deutsch-französischen Sonderbeziehung immer wieder diskutiert, erfüllte im Laufe der Zeit unterschiedliche Funktionen:

- ▶ Der Elysée-Vertrag von 1963 fußte auf der französischen Vorstellung einer sicherheitspolitischen französisch-deutschen »Kernbildung« in einem »Europa der Vaterländer«. Dieser Kern sollte ein Gegengewicht gegen die sicherheitspolitische Dominanz der Vereinigten Staaten bilden.
- ▶ 1982 kamen beide Regierungen überein, die Westeuropäische Union (WEU) zu beleben, und schufen 1988 den Deutsch-Französischen Rat für Sicherheit und Verteidigung. Obwohl beide Initiativen auf eine europäische Kernbildung abzielten, hatten sie weniger den Zweck, ein »Europa der Sicherheitspolitik« zu bauen. Vielmehr sollten sie aus französischer Sicht die Bundesrepublik im westlichen Lager halten und – im Zeichen der Friedensdebatte und Ostpolitik – Deutschlands Abdriften in einen »Neutral-Pazifismus« verhindern. Erst in den neunziger Jahren wurde die Vorstellung geboren, daß die WEU eine Art Brücke zwischen EU und NATO bilden und einen europäischen Nukleus im Bündnis repräsentieren sollte.
- ▶ Der Gedanke, daß sich in der EU ein fester Kern herausbilden sollte, entstand

schließlich Mitte der neunziger Jahre im Zeichen der anstehenden EU-Erweiterung.

Die integrationspolitische Zielrichtung der neueren Kerneuropa-Vorstellungen ist nicht eindeutig auszumachen. Sie oszilliert zwischen dem Konzept eines sicherheitspolitischen Macht- und Steuerungs-zentrums, das die EU auf diese Weise im Zeichen der Erweiterung funktions- und entscheidungsfähig machen soll, und dem eines Vorbilds (Avantgarde). Im ersten Fall soll die Zusammenarbeit beschränkt bleiben, im zweiten sollen möglichst bald alle Mitglieder der EU folgen, damit sich die Union als Ganze zu einem »einheitlichen Akteur« entwickelt.

Eine weitere Differenzierung betrifft die Frage, ob die Kernbildung innerhalb oder außerhalb der EU-Institutionen stattfinden soll. Während Elysée-Vertrag und WEU außerhalb der EG/EU angesiedelt sind, hat die EU in den Verträgen von Amsterdam und Nizza mit dem Terminus »Flexibilität« bzw. »verstärkte Zusammenarbeit« neue Möglichkeiten geschaffen. Unter bestimmten Bedingungen können auch im Rahmen der EU-Verträge Gruppen auf der Grundlage intergouvernementaler Zusammenarbeit gebildet werden. Das Schengener Abkommen ist ein Beispiel dafür, daß eine außerhalb des EU-Vertrags vereinbarte Zusammenarbeit in die EU überführt werden kann. Der Vertrag von Nizza schloß diese Option allerdings für Fragen mit verteidigungspolitischen Bezügen aus.

Schwierigkeiten bereitet außerdem die Frage, auf welcher Ebene die Bildung eines Kerneuropas ansetzen soll. Den einen geht es um die Verbesserung der gemeinsamen politischen Entscheidungsfindung, den anderen um die Verknüpfung oder gar Verschmelzung der (militärischen) Mittel von Staaten, zum Beispiel in Form eines gemeinsamen Lufttransportkommandos oder Stabes wie im Falle des existierenden Eurocorps.

Die Erklärung der Vier

Die Brüsseler Erklärung hat drei Teile: eine transatlantische Solidaritätserklärung, einen auf die Diskussion im Europäischen Konvent und auf der nachfolgenden Regierungskonferenz zielenden Abschnitt, und einen Teil, der Maßnahmen beschreibt, die die vier Staaten eigenständig in Angriff nehmen wollen.

Der transatlantische Teil enthält das Versprechen, die Beschlüsse des Prager Gipfels vom November 2002 umzusetzen, und bezeichnet die transatlantische Partnerschaft als »grundlegende strategische Priorität«.

Der Abschnitt über den Europäischen Verfassungsvertrag wiederholt die vor allem von Frankreich und Deutschland im Konvent bereits eingebrachten Vorstellungen: verstärkte Zusammenarbeit auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Solidaritätsklausel, Erweiterung der Petersberg-Aufgaben, Agentur für Entwicklung und Beschaffung militärischer Fähigkeiten, Europäisches Kolleg für Sicherheit und Verteidigung und schließlich das Konzept einer »Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion«, das letztlich nur der Oberbegriff für die vorgeschlagenen und für ähnliche Maßnahmen ist. Diesen Begriff hatte auch der britische Premierminister benutzt, als er kürzlich seine Vorstellungen für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik umriß.

Im Abschnitt über eigenständige Maßnahmen bekunden die vier Länder die Absicht, eine schnell reaktionsfähige europäische Truppe auf der Basis der deutsch-französischen Brigade, ein europäisches strategisches Lufttransportkommando, eine eigene ABC-Abwehrfähigkeit, ein europäisches System humanitärer Soforthilfe und eine Reihe militärischer europäischer Ausbildungszentren sowie in Tervuren einen Nukleus zu schaffen, der geeignet ist, Militäreinsätze der EU zu planen und zu führen. Ein verlegbares Kommandozentrum für streitkräftegemeinsame Einsätze rundet die ins Auge gefaßten Maß-

nahmen ab. Die Teilnahme soll allen interessierten EU-Staaten offenstehen.

Die politische Brisanz der Erklärung liegt nur teilweise in den konkreten Vorschlägen und Entscheidungen. Sie ergibt sich nicht unbedingt aus den Intentionen der vier Staaten, sondern vor allem aus Interpretationen dieser Absichten, die mit den anvisierten Maßnahmen einhergehen:

- ▶ Der Gipfel führte die westeuropäischen Gegner der amerikanischen Irak-Politik zusammen. Der belgische Ministerpräsident hatte seine Einladung explizit damit begründet, daß sie eine Antwort auf diese Politik sein solle. Die Kritik, daß die Initiative eine anti-amerikanischen Stoßrichtung hat, läßt sich deshalb nicht ganz ausräumen.
- ▶ Der Gipfel fand außerhalb des EU-Rahmens statt. Dies hat der Vermutung Raum gegeben, daß durch diese Maßnahme innerhalb oder außerhalb der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein Kern gebildet werden soll, der eine Führungsfunktion beanspruchen will.
- ▶ Der Vorschlag, einen Nukleus zur Planung und Durchführung europäischer Militärfaktionen zu schaffen, nährte den Verdacht, daß die NATO untergraben werden soll. Wenige Monate zuvor, im Dezember 2002, ist nach langen Verhandlungen zwischen der EU und der NATO eine Vereinbarung getroffen worden, die der EU Zugang zu den Kommando- und Planungskapazitäten der NATO verschafft. Mit diesem Abkommen sollte gerade verhindert werden, daß die EU eigenständige Planungs- und Kommandokapazitäten aufbauen muß.
- ▶ Die Beitrittsländer wurden von der Willensbildung ausgeschlossen; schon im Vorfeld des Gipfels haben sie die damit verknüpfte Hierarchisierung der Entscheidungsprozesse beklagt.

Tony Blair kommentierte den Gipfel ganz im Sinne seiner bisherigen Politik: Er sei zu weiterer sicherheits- und verteidigungspolitischer Zusammenarbeit in der EU unter der Überschrift »Verteidigungs-

union« bereit, wenn diese Zusammenarbeit mit der NATO kompatibel bleibe.

Die Vorschläge des Vierergipfels signalisieren vielen Partnerstaaten, daß Frankreich und Deutschland in GASP und ESVP eine Führungsrolle übernehmen wollen. Daraus ergeben sich drei zentrale Fragen:

- ▶ Verkraftet die egalitäre Philosophie der EU eine solche Führungsrolle?
- ▶ Welche Motive verknüpft Frankreich als entscheidender »Spieler« mit dem Gipfel?
- ▶ Welches Verhältnis der EU zu den USA wird mit dieser Initiative gefördert bzw. angestrebt?

Verkraftet die EU eine deutsch-französische Führungsrolle in GASP/ESVP?

Der Vierergipfel ist ein Hinweis darauf, daß Frankreich im Verbund vor allem mit Deutschland zumindest für eine Übergangsphase eine Führungsrolle in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik übernehmen will. Dieses Ziel erfordert eine Reihe von Klärungen:

- ▶ Die Mehrheit der EU-Länder, vor allem die kleineren Mitgliedstaaten, haben jede formale Führungsrolle eines Landes bzw. einer Gruppe von Ländern in der EU stets als *directoire* diskreditiert und abgelehnt.
- ▶ Akzeptiert wurde allein eine konzeptionelle Motorfunktion des deutsch-französischen Tandems in europapolitischen Fragen. Man war und ist sich bewußt, daß Deutschland und Frankreich ein Sonderverhältnis verbindet, das allerdings weniger auf Gemeinsamkeiten denn auf Unterschieden in wichtigen Fragen beruht. Daß die bilateralen Beziehungen trotz dieser Unterschiede hinlänglich funktionierten, wurde als Vorbedingung für das Funktionieren und die Weiterentwicklung von EG und EU insgesamt betrachtet. Dabei gab es jedoch mehrere Voraussetzungen, die oft übersehen werden:

(a) die Motorfunktion in Fragen der europäischen Integration wurde, wenn sie

zum Tragen kam, von außerhalb der EU, nicht von innen ausgeübt, durch eine Vielfalt von Kontakten, Gipfeltreffen und Sonderorganisationen (Elysée-Vertrag, Verteidigungs- und Sicherheitsrat, Wirtschaftsrat);

(b) eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Partner die deutsch-französische Sonderbeziehung akzeptierten, lag darin, daß Deutschland seit der Intensivierung der Zusammenarbeit in den achtziger Jahren die Absicht verfolgte, Frankreich näher an das Bündnis mit Amerika im Rahmen der NATO heranzuführen und als Brücke zwischen europäischer Integration und atlantischer Bindung zu fungieren;

(c) mit Tony Blair kam in Großbritannien ein europafreundlicher Regierungschef ins Amt, der gerade in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas eine besondere Rolle spielen wollte und aufgrund des großen militärischen Potentials des Vereinigten Königreichs diesen Anspruch auch geltend machen konnte. Dieser Anspruch wird in vielen Ländern der EU, vor allem in Spanien, Italien, Portugal und den Niederlanden, auch akzeptiert. Die Dynamik der ESVP seit 1998 gründet sich auf diese europapolitische Wende Großbritanniens, die sich vor allem in der britisch-französischen Übereinkunft von Saint Malo (1998) manifestierte.

Zieht man diese Punkte in Betracht, liegt die Einschätzung nahe, daß die GASP/ESVP eine deutsch-französische Führungsrolle wohl nur unter folgenden Voraussetzungen verkräftet:

- ▶ Wollen Frankreich und Deutschland durch institutionalisierte verstärkte Regierungszusammenarbeit eine solche Rolle in der EU übernehmen, dann dürfen sie für diese Kooperation keine Exklusivität beanspruchen, sondern müssen sie für andere Staaten offenhalten und damit letztlich Bereitschaft zeigen, ihre Führungsrolle zu relativieren. Das ist formell geschehen. Die Frage

ist jedoch, ob die Partnerländer die Vorentscheidungen der Vier mittragen können oder ob sie nicht alternative Gruppierungen bilden werden. Beim Treffen der Außenminister in Athen reagierten die Partner relativ moderat, ohne daß damit die konzeptionellen Unterschiede überbrückt wären.

- ▶ Deutschland muß sich wieder auf seine alte Aufgabe besinnen, in den deutsch-französischen Beziehungen für eine Balance zwischen europäischer und atlantischer Orientierung zu sorgen. Die innereuropäischen Auseinandersetzungen über die amerikanische Irak-Politik sind ein Beleg dafür, daß sowohl wichtige »alte« EU-Länder als auch zukünftige Neumitglieder nur eine gemeinsame Politik akzeptieren, wenn sie von dieser europäischen-atlantischen Balance geprägt ist. Ein »Kern« ohne diese Balancefunktion wird vor allem in der erweiterten EU auf Widerstand stoßen und die ihm zugedachte Aufgabe nicht erfüllen können.
- ▶ London darf von dieser Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen werden, sondern muß eine Rolle spielen, die seinem Potential angemessen ist. Die britisch-französische Zusammenarbeit und die Tatsache, daß Blair den Begriff der »Verteidigungsunion« akzeptiert hat, bieten Ansatzpunkte dafür. Falls London nicht einbezogen wird, wäre bei vielen Mitgliedsländern Widerstand zu erwarten. Auch der Hohe Repräsentant der Außen- und Sicherheitspolitik der EU hat sich gegen eine Ausgrenzung Großbritanniens ausgesprochen. Denn die jetzige Vierergruppe schließt die für moderne Zwecke am besten gerüstete und ausgebildete Armee aus der engen Zusammenarbeit aus. Außerdem würde in einem deutsch-französischen Duo letztlich Frankreich aufgrund seiner flexibleren Politik alleine die Führungsrolle übernehmen. Großbritannien würde noch nachdrücklicher an die Seite Amerikas gezwungen. Soll die deutsch-französische Zusammenarbeit

eine Zukunft haben, müßte vor allem auch Deutschland seine verteidigungspolitischen Beziehungen zu Großbritannien verstärken, um unter den drei großen Partnern ein ausgewogeneres Verhältnis herzustellen.

Die Motive Frankreichs

Frankreich ist aufgrund seiner historischen Bindung an das Kerneuropa-Konzept, seiner Sonderstellung in der Allianz und seiner diplomatischen und militärischen Kapazitäten der entscheidende »Spieler« bei der weiteren Ausgestaltung eines möglichen Kerneuropas bzw. von GASP und ESVP. Dabei ist die Politik Frankreichs in Sachen GASP/ESVP und darüber hinaus nicht ein-dimensional angelegt, sondern läßt sich auch heute noch mit der Formel »multipler Bi- und Multilateralismus« umschreiben.

Dies belegt die französische Politik in der Irak-Frage: In gaullistischer Manier suchte Frankreich nicht nur den Schulteranschluß mit Deutschland, sondern auch mit Rußland. Gleichzeitig versuchte die französische Regierung, die NATO-Unterstützungsleistungen für die Türkei zu blockieren, und verfolgte damit seine traditionelle Politik der Relativierung der Allianz. Frankreich hat seine Sonderstellung als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates voll ausgenutzt und ließ – mit Ausnahme Deutschlands – seinen europäischen Bündnispartnern wenig Spielraum zur Mitsprache.

Europapolitisch konzentrierte sich Frankreich in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zunächst auf die Zusammenarbeit mit Großbritannien. Ausdruck dieser Politik war die französisch-britische Vereinbarung von Saint Malo (1998). Im Kontext der Irak-Krise knüpfte Paris jedoch ein doppeltes Band mit Berlin: im Hinblick auf die ablehnende Haltung gegenüber der US-Regierung und im Hinblick auf die weitere Ausgestaltung von GASP/ESVP. Gleichzeitig versäumte es Frankreich nicht, mit seinem britischen Partner eine intensivere Form der militärischen Zusammenarbeit ins Auge zu fassen, die dazu beitragen soll, die

militärischen Kapazitäten Europas zu verstärken (siehe die französisch-britische Erklärung von Le Touquet vom 4.2.2003), ohne daß damit integrationspolitische Ziele verfolgt werden.

Für Frankreichs Kerneuropa-Konzept sind folgende Erwägungen maßgebend:

- ▶ Verteidigungspolitisch verbündet sich Frankreich nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit Großbritannien. Paris ist sich bewußt, daß eine effektive Verteidigungskooperation in Europa ohne Großbritannien keinen Sinn hat, trennt jedoch zwischen seinen beiden Partnern Deutschland und Großbritannien.
- ▶ Ein Kerneuropa, auch wenn es offen angelegt ist, gründet sich zunächst einmal auf eine zwischenstaatliche Entscheidungsstruktur. Dies gilt nicht nur für mögliche Formen eines Kerns außerhalb des EU-Vertrages, sondern auch für einen Kern auf der Basis kodifizierter »verstärkter Kooperation« im Rahmen eines entsprechend modifizierten EU-Vertrages. Diese Tatsache entspricht einer starken Affinität französischer Europapolitik zu intergouvernementalen Entscheidungsstrukturen.
- ▶ Die Formel des EU-Gipfels von Helsinki, daß die Gruppe der *contributing nations* im Rahmen von EU-Operationen nur eine beschränkte Entscheidungsgewalt hinsichtlich der Beendigung von Einsätzen hat, ist von Frankreich nie wirklich akzeptiert worden. Das wird im deutsch-französischen Vorschlag für den Konvent vom November 2002 deutlich, der das Prinzip der »Flexibilität« betont. Allerdings nennt der Vorschlag zwei einschränkende Bedingungen für eine Kernbildung im Rahmen der EU:
 - (a) Die Politik des Kerns muß einen »Bezug zu den bestehenden Institutionen und Politiken der EU« herstellen;
 - (b) die Kernländer müssen ihre Kooperation für die anderen Mitgliedsländer offenhalten. Diese Kooperation würde jedoch nach jenen Regeln und Vorentscheidungen erfolgen, die der »Kern« vorweg getroffen hat.

Setzt sich diese Politik durch, kann Frankreich drei Ziele erreichen:

- ▶ Zwischenstaatliche Organisationsformen werden im Gegensatz zu kommunitären Entscheidungsmechanismen gestärkt, denen die deutsche Regierung zuneigt. Gleichzeitig kann Frankreich trotz des Dissenses in der Irak-Frage die Zusammenarbeit mit Großbritannien aufrecht erhalten, das ebenfalls zwischenstaatliche Organisationsformen der EU bevorzugt. Damit hätte Frankreich eine herausgehobene Stellung im Netz europäischer Sicherheitsinstitutionen erworben und zugleich die deutsche und britische Stellung geschwächt.
- ▶ Amerika- und NATO-kritische Interessen werden gestärkt, der eigene Führungsanspruch wird unterstrichen.
- ▶ Die verstärkte französisch-deutsche Zusammenarbeit bietet Frankreich bessere Chancen, auch in Deutschland Unterstützung für seine Politik in Afrika zu gewinnen. Auf dem bilateralen Gipfel von Le Touquet im Februar 2003 haben Frankreich und Großbritannien als mögliches Aktionsgebiet der ESVP vor allem Afrika genannt.

Kerneuropa: Keine Gegenmacht

In einigen Fällen wird die Kerneuropa-Initiative als Signal für die Bildung einer gegen Amerika gerichteten Gegenmacht verstanden. Dabei werden die politischen Stichworte: »multipolare Welt«, »l'Europe puissance« ernst genommen. Tatsächlich ist schwer zu unterscheiden, ob es sich bei der Viererinitiative um Gegenmachtbildung im Sinne von Konkurrenz handeln soll oder ob die klassische Vorstellung leitend ist, einen zweiten Pfeiler in (oder neben) der Allianz als Basis für partnerschaftliche Kooperation zu schaffen. Die Erklärung betont zwar die strategische Partnerschaft zwischen Europa und Amerika, der Ursprung der Initiative und der Kreis der Teilnehmer wecken jedoch Zweifel an dieser partnerschaftlichen Interpretation.

Diese Frage läßt sich durch einen Blick auf das tatsächliche Potential und die Entwicklungsmöglichkeiten der Zusammenarbeit der Vier klären. Unter diesem Aspekt muß man allerdings feststellen, daß die Vierergruppe wohl nicht mehr auf die Waagschale bringen kann, als was Frankreich und Deutschland in der Irak-Frage ins Spiel gebracht haben.

Sollte tatsächlich eine Gegenmachtbildung beabsichtigt sein, dann müßten die Kernstaaten die gesamte EU oder doch große Teile der Union ins Schlepptau nehmen können. Dies dürfte jedoch auf absehbare Zeit unmöglich sein. Denn nicht nur Großbritannien, sondern auch andere EU-Staaten (derzeit vor allem Spanien, Italien, die Niederlande, Dänemark, Portugal) stellen sich gegen eine solche Frontbildung. Noch mehr gilt dies für die künftigen Neumitglieder Tschechien und Polen. Die politischen Eliten dieser Länder interpretieren ihre neugewonnene Freiheit und Souveränität bisher primär als Erfolg amerikanischer und nicht der französischen, deutschen oder EU-Politik. Solange die einzelnen Mitgliedstaaten eine wesentliche Stimme in der Außen- und Sicherheitspolitik haben, der Sprung in ein zentralistisch-föderalistisches System also nicht erfolgt ist, dürfte sich eine anti-amerikanische Frontstellung als Politik in der EU nicht durchsetzen lassen. Eine entscheidende Ausdehnung des Kerns mit der Absicht der Gegenmachtbildung dürfte daher auch keinen Erfolg haben.

Des weiteren stellt sich die praktische Frage, was mit einem erstarken – eventuell deutlich über den jetzigen Kreis hinausgewachsenen – und zur Gegenmacht aufgebauten Kerneuropa im europäisch-amerikanischen Verhältnis gewonnen wäre. Nimmt man die Irak-Krise als Referenzpunkt, dann hätten die Vereinigten Staaten nur dann einen Verlust ihres Handlungsspielraums zu befürchten, wenn sie direkt auf europäische militärische Hilfe angewiesen wären. Ist das nicht der Fall, kann ein sicherheits- und verteidigungspolitisch erstarktes Europa auch keinen entschei-

dend größeren Einfluß auf Amerika ausüben. Im Augenblick deutet nichts darauf hin, daß sich das militärische Potential in der EU in den kommenden Jahren deutlich erhöhen wird und Amerika auf entscheidende Weise auf dieses Potential angewiesen sein wird.

Auf den Wunsch nach zunehmender Selbständigkeit und Unabhängigkeit von der NATO und von den Vereinigten Staaten weist die Absicht, einen »Nukleus« zur Planung und Durchführung von Militäroperationen der EU und ein verlegbares Kommandozentrum einzurichten. Unter dem Einfluß der sich ohnehin institutionell ausdifferenzierenden Sicherheitspolitik der EU dürfte dies die wahrscheinlichere Entwicklung sein. Dabei ist allerdings im Blick zu behalten, daß im Zeichen von GASP und ESVP, der deutsch-französischen Achse und der Gruppe der Vier gemeinsames militärisches Handeln mit Amerika zunehmend schwieriger werden dürfte, denn: Wer übernimmt die Führung? Wer bestimmt die *rules of engagement*? Sind die Streitkräfte hinsichtlich ihrer Ausrüstung und taktischen Orientierung hinlänglich interoperabel? Je mehr sich Europa institutionell von der Allianz abtrennt und je mehr sich die militärische Integration der NATO abschwächt und der organisierte strategische Dialog abbröckelt, desto schwieriger wird es, in konkreten Krisen schnelle, gemeinsame transatlantische Antworten auf sicherheitspolitische Herausforderungen zu finden. Wenn von dieser Initiative eine Gefahr ausgeht, dann ist es weniger die der kompetitiven Gegenmachtbildung als die der transatlantischen Abkoppelung (wozu natürlich auch der amerikanische Partner beitragen kann).

Widersprüchliche Auswirkungen des Gipfels

Der Vierergipfel fand in einem Klima nervöser Erwartungen statt. Wesentliche Gründe für die Spannungen waren die Tatsache, daß sich in Brüssel wichtige Gegner eines Irak-Kriegs zusammenfanden, daß

Belgien mit dem Gipfel die Vorstellung verknüpfte, Europa müßte sich zur Gegenmacht zu den Vereinigten Staaten entwickeln, und daß die Initiative mit dem Konzept eines Kerneuropas unter französisch-deutscher Führung verbunden wurde. Die Gipfelerklärung reflektiert und reagiert auf die im Vor- und Umfeld gegen den Gipfel gerichtete Kritik in widersprüchlicher Weise:

- ▶ Während sich die Erklärung zugunsten »strategischer Partnerschaft« mit den USA ausspricht, wird gleichzeitig beschlossen, den »Nukleus« einer europäischen militärischen Führungsstruktur zu schaffen, der die bestehenden Vereinbarungen über die Nutzung von NATO-Einrichtungen und Ressourcen durch die EU in Frage stellt.
- ▶ Während einerseits erklärt wird, daß die Zusammenarbeit der Vier offen für andere EU-Mitglieder sei, schloß andererseits der politische Kontext dieses Gipfels aus, daß sich wichtige andere Staaten – vor allem Großbritannien – daran beteiligen konnten.

Entsprechend widersprüchlich dürfte die Wirkung dieses Gipfels auf die weitere Entwicklung von NATO und EU sein. Negative Auswirkungen dürften sich vermeiden lassen, wenn folgendes beherzigt wird:

- ▶ Deutschland muß sowohl innerhalb der deutsch-französischen Zusammenarbeit als auch darüber hinaus wieder zur bewährten Rolle des Vermittlers zwischen europäischer Integration und atlantischer Bindung zurückkehren. Besondere Aufmerksamkeit sollte den Beziehungen zu Großbritannien geschenkt werden, denn dort liegt der Schlüssel zu einer konstruktiven Weiterentwicklung der ESVP insgesamt.
- ▶ Der atlantische Teil der Beschlüsse der Vier muß eingehalten werden. Dies gilt vor allem für das Versprechen, die Prager Beschlüsse der NATO vom November letzten Jahres auszuführen. Nur so hat der Kern und haben GASP/ESVP insgesamt eine Entwicklungschance im Kontext einer sich erweiternden EU.

- ▶ Der Lesart, daß es der Vierergruppe darum geht, die Entscheidungsprozesse in der Union zu hierarchisieren, muß in der praktischen Politik begegnet werden. Insbesondere muß den EU-Partnern genügend Zeit gegeben werden, ihre eigenen Vorstellungen in den Prozeß der Weiterentwicklung von GASP und ESVP einzubringen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364